



Bürgerbewegung pro NRW im Rat der Stadt Leverkusen

pro NRW - Postfach 30 08 65 - 51337 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herr Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Friedrich-Ebert-Platz-1
51373 Leverkusen

Susanne Kutzner

☎ 02171 / 39 49 639

📠 02171 / 39 58 711

24. April 2014
info@pro-nrw.net

„Bündnis für Sicherheit“ in Leverkusen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Buchhorn,
die Fraktion der Bürgerbewegung Pro NRW bittet Sie, folgenden Antrag im Stadtrat und in den 3
Bezirksvertretungen zu behandeln: Der Rat möge beschließen:

- 1. Die Stadt Leverkusen unterstützt die Bemühungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie der Gewerkschaft für Polizei ein“ Bündnis für Sicherheit“ gesamtgesellschaftlich zu verankern.**
- 2. Die Verwaltung prüft und berichtet, wie ein solches „Bündnis für Sicherheit“ in Leverkusen ins Leben gerufen und umgesetzt werden kann.**

Begründung:

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund und die Gewerkschaft der Polizei fordern in dem Positionspapier „Bündnis für Sicherheit“ vom 27.01.2014 ein gesamtgesellschaftliches „Bündnis für Sicherheit“.

In dem Positionspapier führen die beiden Organisationen aus:

Am kontinuierlichen Ausbau der Sicherheitsstrukturen sind die Polizei und insbesondere die deutschen Städte und Gemeinden interessiert. Für ihre Bürgerinnen und Bürger sind das Sicherheitsgefühl, wie auch die Sicherheitslage, Fragen der Lebensqualität. Den Bürger verunsichert nicht nur das spektakuläre Verbrechen. Das tägliche Erlebnis von Verwahrlosung, Vandalismus und Zerstörung führt zu wachsender Kriminalitätsfurcht. Kriminalitätsfurcht hat teilweise gravierende Auswirkungen auf die Freiheit der Menschen. Bestimmte Viertel in den Kommunen werden gemieden, zu bestimmten Zeiten traut man sich nicht mehr allein auf die Straße (...)

Das Vertrauen in den Staat – der vermeintlich nicht ausreichend schützt- nimmt ab, die Staats- und Politikverdrossenheit steigt. Zugleich kann sich dies auch negativ auf den örtlichen Handel und lokale Wirtschaft auswirken.

Die Menschen wollen in einer sicheren Stadt, in einem gewaltfreien Umfeld einkaufen und leben. Wo das nicht gewährleistet wird, hat auch die örtliche Wirtschaft das Nachsehen. In welchem Maße vor Ort Sicherheit gewährleistet werden kann, ist zudem ein bedeutender Faktor der Standortqualität für Einzelhandel und Wirtschaft.“

(Quelle:[http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/Posa/\\$file/1401%20DStGB_GdP_Positionspapier.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/Posa/$file/1401%20DStGB_GdP_Positionspapier.pdf))

Um diesen fatalen Entwicklungen, die in deutschen Großstädten wie Leverkusen besonders augenfällig sind, entgegenzutreten, schlagen der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie die Gewerkschaft der Polizei ein „Bündnis für Sicherheit vor“, woran neben „den Behörden auch Verbände, Vereine, die Wirtschaft und auch einzelne Bürgerinnen und Bürger mitwirken“ sollen.

GdP und DStGB sehen in der Bekämpfung der massiv steigenden Einbruchsdiebstähle, im Schutz von Polizei-, Sicherheits- und Rettungskräften vor gewaltsamen Übergriffen, der Bekämpfung der Zwangsprostitution, des Vandalismus und der Alkoholmissbrauchs in Fahrzeugen und Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs vorrangige Ziele.

Ferner plädieren Sie für eine verstärkte- Video-Überwachung an gefährlichen Orten, fordern eine erhöhte Polizeipräsenz, eine verstärkte Kriminalprävention vor Ort sowie die Entlastung der kommunalen Ordnungsbehörden. Außerdem wird auf die sich zukünftig verschärfenden Problemfelder „Kriminalität und alternde Gesellschaft“ sowie „Städtebauliche Kriminalprävention“ aufmerksam gemacht.

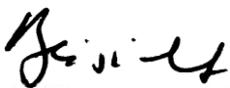
Obwohl GdP und DStGB zurecht betonen, dass „die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung (...) eine vorrangige öffentliche Aufgabe ist, die in den Städten und Gemeinden von der Polizei und den Kommunalbehörden gemeinsam wahrgenommen wird, setzen die beiden Verbände in ihrem Positionspapier gerade im Bereich Prävention und Ordnungsverstöße auf bürgerschaftliches Engagement, da in diesem Bereich „nicht der Staat allein gefordert ist, sondern ein Bündnis gegen Gewalt und für Sicherheit.

Die Kommunalpolitik hat die Aufgabe, diese innen – und sicherheitspolitisch gerade auch Leverkusen betreffenden Leitlinien aus dem Positionspapier aufzunehmen und kommunalpolitisch umzusetzen. „Vor allen Dingen bedürfen sie der politischen Unterstützung aller demokratischen Parteien“, heißt es in einer Pressemeldung von GdP und DStGB.

Pro NRW unterstützt das Unterfangen ein „Bündnis für Sicherheit“ ins Leben zu rufen und sichert GdP und DStGB eine tatkräftige Unterstützung hier in Leverkusen zu.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Beisicht



-Fraktionsvorsitzender-

Susanne Kutzer



-Fraktionsgeschäftsführerin-